



Mehrere Hundert Beschäftigte haben gestern vor dem Werksgelände gegen den Abbau von mehr als 1000 Arbeitsplätzen in Mannheim demonstriert. FOTO: KUNZ

GE lehnt Standortgarantie ab

IG Metall: Mannheim soll komplett aufgegeben werden – Unternehmen dementiert Schließungspläne

VON KLAUS HOFTER

MANNHEIM. Der amerikanische Konzern General Electric (GE) will die Turbinen-Produktion am Standort Mannheim schon zum 30. Juni 2017 schließen – ein halbes Jahr früher als bislang angekündigt – und den Standort Mannheim komplett aufgeben.

Dies habe das Management in Mannheim bei den Verhandlungen über Eckpunkte zu einem Interessensausgleich und Sozialplan nun angekündigt, sagten Betriebsrat und IG Metall gestern im Anschluss an eine Betriebsversammlung in Mannheim mit rund 1200 Teilnehmern. Die Komplettaufgabe des Standortes hatte das Unternehmen offiziell bislang stets dementiert. Auch gestern betonte ein Sprecher auf Anfrage, „der Standort soll nicht geschlossen werden“. Zu Informationen von IG Metall und Betriebsrat, wonach mehrere nach dem Produktions-Aus verbleibende Abteilungen verlagert werden sollen und dass die Beschäftigten die Einrichtung einer Transfergesellschaft selbst finanzieren sollen, könne er nichts sa-

gen, teilte der Unternehmenssprecher gestern Abend weiter mit.

Die Pläne von GE, nach der Schließung der Produktion, mit der rund 1066 der momentan mehr als 1700 Arbeitsplätze in Mannheim verloren gehen, weitere Abteilungen zu verlagern, nannte Reinhold Götz völlig inakzeptabel. Wie berichtet, plant GE, bundesweit 6500 Arbeitsplätze an früheren Alstom-Standorten zu streichen und die Produktionen in Mannheim sowie Bexbach zu schließen.

Götz, früherer Erster Bevollmächtigter der IG Metall Mannheim, der die IG Metall in Verhandlungen mit GE über die Zukunft der deutschen Standorte vertritt, kritisierte, dass das Management auf die bislang zahlreichen Kompromisse und Vorschläge der Arbeitnehmer nicht eingegangen sei und in vielen Fällen nicht einmal reagiert habe. Statt einer früheren Schließung und der Aufgabe des Standortes fordern IG Metall und Betriebsrat eine Beschäftigungs- und Standortgarantie für die nach der Produktionsschließung verbliebenen Beschäftigten. Dass GE keine Zusage dafür gegeben habe, dass Ar-

beitsplätze in Abteilungen, die von Mannheim verlagert werden sollen, erhalten blieben, nannte Europabetriebsratsvorsitzender Kai Müller „pervers“. Zudem fordern die Arbeitnehmervertreter von GE, die Investorensuche zu forcieren und auch auf das italienische Unternehmen Ansaldo zuzugehen. Auf Druck der EU-Wettbewerbsbehörden musste Alstom einen Teil der Gasturbinen-Produktion an Ansaldo verkaufen. Dies war eine der Auflagen, bevor Brüssel dem Verkauf der Sparte an GE zustimmte. Zwar hatte es Gespräche mit Ansaldo über den Standort Mannheim gegeben. Der italienische Konzern hatte damals aber abgewunken.

Nach anfänglicher Ablehnung hat sich GE nach Angaben des Sprechers nun doch bereit erklärt, das Angebot der Schweizer Unternehmensberatung Rasenberger Toschek, hinter der der chinesische Industriepartner Bao-Steel steht, erneut zu prüfen. Diese Zusage habe das GE-Management gegenüber Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) gemacht. Götz hierzu: „Das nehme ich GE nicht ab.“ Der Konzern lehne alle Konzepte ab, die Kon-

kurrenz für ihn bedeuten, sagte Reinhold Götz.

Auf das Gespräch mit Vertretern von GE und des Investors hatte das Ministerium gedrängt. Gabriel hatte im Sommer bereits Arbeitnehmervertreter und Management aufgefordert, nach Alternativen zu dem von GE angekündigten Stellenkahltschlag zu suchen. Dies ist bislang ohne Ergebnis geblieben. GE hatte stets betont, dass das Angebot von Rasenberger Toschek, selbst von GE ins Spiel gebracht, unseriös sei.

Die Themen Interessensausgleich und Sozialplan werden nun erneut das Arbeitsgericht beschäftigen, das über die Einsetzung einer Einigungsstelle entschieden. Bei den Gesprächen über den Sozialplan, sagte Götz gestern, seien sich beide Seiten bislang sehr nahe gekommen.

Unterdessen habe das Management in Mannheim den Druck auf die Betriebsratsspitze verstärkt. Es sei eine regelrechte Hetzkampagne gestartet worden, sagte Konzernbetriebsratsvorsitzende Elisabeth Möller. Sie habe deswegen bereits Strafanzeige gegen den Vorstand erstattet.